

## Antrag an den Kreisparteitag der Linken

Antragsteller: OV Bad Cannstatt – Mühlhausen – Münster

### **„Mit linken Forderungen und Oppositionsabsichten in den Bundestagswahlkampf“**

Die LINKE ist die einzige Partei, die die Interessen von abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten vertritt. Wir wollen, dass sich die Lebenssituation für alle hier lebenden Menschen und die Umweltbedingungen radikal verbessern.

Zur Zeit gibt es für eine solche Politik keinen Koalitionspartner. Es geht darum, dass die Linke sich in klarer Opposition zu den etablierten Parteien aufbaut.

Wir beantragen deshalb, dass DIE LINKE mit klaren anti-kapitalistischen Forderungen in den Wahlkampf und einer Absage an eine Koalition mit den Hartz-IV/Kriegs- und TTIP/CETA-Parteien in den Wahlkampf zieht. Über die programmatischen Ziele der Partei dürfen sowohl in der Gesellschaft, als auch bei den konkurrierenden Parteien keinerlei Missverständnisse aufkommen.

#### DIE LINKE möge sich im Wahlkampf klar einsetzen für

- Die Umverteilung des Reichtums (Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Millionärs- und Vermögenssteuer, Anhebung der Unternehmenssteuern, Schließung von Steuerschlupflöchern und Steueroasen, Erbschaftssteuer)
- Die Rückabwicklung der Agenda 2010
- Ein staatliches Investitions- und Beschäftigungsprogramm für Gesundheitswesen, Bildung, Soziales, Umwelt, öffentlicher Verkehr und Mietwohnungsbau
- Den Stopp der Austeritätspolitik in Europa
- Einen Schuldenschnitt für Griechenland sowie Zahlung von Reparationen
- Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro – lohnsteuerfrei
- Die Ablehnung jeglicher Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Den NATO-Austritt und Schluss aller Waffenexporte
- Ablehnung der Freihandelsabkommen TTIP/TISA, CETA usw.
- Bleiberecht und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Schluss mit Abschiebungen. Fluchtursachen bekämpfen statt Flüchtlinge. Kündigung von Dublin III.
- Konsequente Politik für Natur, Umwelt und Klima. Sofortige Stilllegung aller AKWS und sofortiger Kohleausstieg und beschleunigter Ausbau dezentral erzeugter erneuerbarer Energien. Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Reduzierung des Individualverkehrs. Güter auf die Schiene statt auf die Straße.

- Zurückdrängung der Massentierhaltung zugunsten der bäuerlichen Landwirtschaft sowie ökologische Landwirtschaft.
- Für soziale und gewerkschaftliche Kämpfe und Bewegungen, weil nur durch außerparlamentarische Bewegungen und Kämpfe die Machtverhältnisse geändert und Verbesserungen sowie die von der Linken angestrebte sozialistische Gesellschaft erkämpft werden können.

## **Begründung**

Nur eine linke Partei, die auch mit linken Inhalten in den Wahlkampf zieht und konsequent für diese Inhalte einzutreten bereit ist, verdient den Namen DIE LINKE. Sonst müsste sie sich z.B. in „DIE REGIERUNGSLINKE“ umbenennen. Das wäre dann aber keine Linke mehr – und das wissen eigentlich auch alle. Dennoch schüren einige die Hoffnung, dass gemeinsam mit der SPD Sigmar Gabriels linke Politik machbar wäre. Dabei wissen wir, dass nicht eine einzige der oben genannten Positionen von der SPD mitgetragen würde. Durchsetzen könnte DIE LINKE in einem Regierungsbündnis nicht mehr als kosmetische Nachbesserungen im Sozialsystem (u.a. moderate Erhöhung des Hartz4-Satzes, des Mindestlohns, bestenfalls etwas weniger Neoliberalismus). Wenn überhaupt.

Wer aber fragt: „Wenig ist doch besser als gar nichts, oder?“ lässt dabei einige Aspekte außer Acht. Zunächst entfällt die (Regierungs)LINKE als glaubhafte Vertreterin linker Ziele (s.o.). DIE LINKE wäre dann diejenige Partei, die ihren Frieden mit dem kapitalistischen System und seiner strukturellen Ungerechtigkeiten gefunden hat. Linke Politik kann sie dann nicht mehr glaubhaft vertreten und scheidet damit als Bezugspunkt linker Opposition aus. Die linken Parteimitglieder würden endgültig zu den Zaungästen des pro-kapitalistischen Durchmarsches in der Partei degradiert. Gesellschaftlich wäre die Regierungsbeteiligung fatal. Heute ist DIE LINKE die einzige politische Kraft im Parlament, die Anti-Establishment-Strömungen in der Gesellschaft aufgreifen in eine progressive Richtung lenken könnte. Geht DIE LINKE in die Regierung bliebe als einzige Anti-Establishment-Kraft nur noch die reaktionäre AfD.

Nicht zuletzt heben wir hervor, dass es uns bei dem Widerstand gegen Regierungsbeteiligungen nicht um Prinzipienreiterei und Eitelkeit geht, sondern um linke Inhalte (s.o.). Wenn es Bündnispartner für diese Ziele gibt, werden wir uns keine Sekunde länger gegen Regierungsbeteiligungen auf der Bundesebene sträuben.

Wir können auch unsere Stimme geben, um eine CDU/CSU-geführte Regierung durch eine SPD-Grüne-Regierung abzulösen. Jeder Gesetzentwurf, der eine tatsächliche Verbesserung der Verhältnisse bedeutet, kann von uns unterstützt werden. Statt Koalitionspartner und Tolerierung betreiben wir eine Politik der Einzelfallentscheidung, die in der Partei diskutiert und nach außen kommuniziert wird.